

Klimawandel, Klimaschutz und Gender



Inhalt

- 3 Vorbemerkung
- 4 Vor dem UN Klimagipfel –
Gender und Frauenaktivitäten bei den
UN-Klimakonferenzen
Ulrike Röhr, genanet, Berlin
- 6 Genderaspekte des Klimawandels –
Ursachen, Auswirkungen, Gestaltungsmacht
Ulrike Röhr, genanet, Berlin
- 10 Klimawandel und die Folgen für Frauen
in Indien
Santosh Vas
Janodaya, Bangalore, Indien
- 14 Positionen der Bundesregierung auf dem
Klimagipfel
Welche Rolle spielen Genderaspekte?
Staatssekretärin *Astrid Klug*
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Redaktion:
Uwe Kerkow

Layout:
Pellens Kommuni-
kationsdesign GmbH

Fotos:
dpa Picture Alliance
Sepp Spiegl

Webfassung 2008

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Diese Beiträge sind entstanden auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein „Vor dem UN-Klimagipfel, Klimawandel, Klimaschutzpolitik und Gender“ am 19.11.2007

Vorbemerkung

Der Klimawandel trifft Frauen besonders hart. Statistiken belegen, dass die meisten Opfer von Naturkatastrophen Frauen sind. Sie besitzen weltweit zwar nur ein Prozent des Ackerlands, aber sie produzieren die Hälfte aller Nahrungsmittel. Wenn durch Klimawandel bedingte Dürren oder Unwetter ihre Ernten zerstören, stehen sie und ihre Familien meist vor dem Nichts. In Afrika etwa stellen Frauen die Mehrheit der Umwelt- und Katastrophenflüchtlinge. Aber Frauen sind nicht nur Opfer des Klimawandels. In Entwicklungs- und Schwellenländern tragen sie als häusliche Energieversorgerinnen durch die Abholzung der Wälder selbst dazu bei. In den Industrieländern verbrauchen Frauen oft weniger Energie als Männer, doch liegt auch ihr Energieverbrauch noch über einem nachhaltigen Niveau.

Auch die Anpassungschancen an den Klimawandel sind für Männer und Frauen ungleich verteilt. Die Instrumente des Klimaschutzes sind ganz überwiegend marktbasierend und benachteiligen die,

die aufgrund ihrer Armut keinen Zugang zu diesen Märkten haben. Dazu gehören überwiegend Frauen, die den größten Teil der Armen in Industrie- und Entwicklungsländern stellen. Deshalb können Instrumente, die diese Unterschiede außer acht lassen ungeplante negative Auswirkungen auf die Armen haben.

Genderaspekte haben jedoch in den Konferenzen über die Auswirkungen des Klimawandels bislang kaum eine Rolle gespielt. Auch sind Frauen in den meisten Ländern an der Klimaschutzpolitik so gut wie nicht beteiligt.

Beides muss sich ändern, denn unterschiedliche Auswirkungen des Klimawandels verlangen differenzierte Lösungsstrategien. Damit der Klimawandel gebremst werden kann und Klimaschutzpolitik nachhaltige Ergebnisse erzielt, müssen Frauen ihre Interessen und Bedürfnisse in die Klimaschutzpolitik einbringen können.

Astrid Ritter-Weil
Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath
Marie-Schlei-Verein

Vor dem UN Klimagipfel– Gender und Frauenaktivitäten bei den UN-Klimakonferenzen

Ulrike Röhr

Klimawandel ist ein Thema, das Frauenorganisationen und GenderexpertInnen lange Zeit weitgehend ignorierten – im Süden ebenso wie im Norden. Auf internationaler Ebene gab es in der Vergangenheit vereinzelte Frauenaktivitäten bei den Klimakonferenzen, aber an Positionen, die sich direkt auf die Verhandlungen bezogen, mangelte es. Dies hat sich in den letzten Jahren verändert. Frauen versuchen bei den Klimaverhandlungen stärker Fuß zu fassen. Von einer Integration der Genderperspektive ist die internationale Debatte aber noch weit entfernt.

Womit hängt die mangelnde Präsenz von Frauenorganisationen auf den internationalen Klimakonferenzen zusammen? Hingewiesen wird bei dieser Frage immer wieder auf die technologische und ökonomische Ausrichtung der Verhandlungen, die soziale Aspekte des Klimawandels vermissen lässt und es somit Frauen schwer macht, Genderaspekte einzubringen. Auch das System der Klimakonferenzen macht es den Frauenorganisationen nicht leicht, wahrgenommen zu werden. Im Gegensatz zu den Konferenzen der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung sind bei den Klimakonferenzen keine „major groups“ (wichtige Akteursgruppen) an der Debatte beteiligt, wie beispielsweise Frauen, Jugendliche oder Gewerkschaften. Stattdessen sind fünf Gruppen mit Beobachterstatus eingerichtet worden, denen sich alle Organisationen zuordnen müssen: Umweltverbände, Industrie, Forschung, regionale und lokale Regierungen und Indigene Völker. Die

Frauenorganisationen müssen ihre Interessen somit zuerst in der großen Gruppe der Umweltverbände durchsetzen und dabei auch in Konkurrenz zu ihnen treten, um beispielsweise im Plenum sprechen zu können.

Aber es gibt noch einen weiteren wesentlichen Grund. Dafür ist es wichtig, sich zunächst in Erinnerung zu rufen, dass die Klimarahmenkonvention, ebenso wie die Agenda 21, die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung und die Konvention zur Biodiversität im Umfeld der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro entwickelt wurde. Sie alle sollten auf den Prinzipien der Rio-Deklaration basieren, zum Beispiel in Bezug auf Gerechtigkeit und Frieden. Darüber hinaus haben sich die Vereinten Nationen der Umsetzung des Gender Mainstreaming und damit der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern verpflichtet. Nun wird niemand ernsthaft behaupten wollen, dass dieser Verpflichtung Genüge getan wird, nirgendwo. Die einzigen Verhandlungen aber, die den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit bisher völlig außer Acht gelassen haben, sind die Klimaverhandlungen. Die Klimadebatte ist eine sehr eingeschränkte, sehr technokratisch und ökonomisch geführte, die mit nachhaltiger Entwicklung nur sehr wenig zu tun hat. Das macht es schwer, Gerechtigkeit im Allgemeinen und Geschlechtergerechtigkeit im Besonderen in die konkreten Verhandlungen einzubringen. Wenn überhaupt, beschränkt sich das „Klima der Gerechtigkeit“ auf die Dimensionen



der globalen Gerechtigkeit zwischen den industrialisierten und den weniger entwickelten, den armen und den reichen Ländern der Welt, oder der Generationengerechtigkeit.

Aber die Zeiten ändern sich, vor allem bei den Frauenorganisationen und den UN-Organisationen. Das Thema Klimawandel ist in den Medien mittlerweile so präsent, dass Frauenorganisationen Verbindungen zu ihrem ursprünglichen Thema erkennen – der Gleichstellung der Geschlechter. Sie greifen das Thema auf, führen lokale und nationale Aktionen durch und beginnen darauf hinzuwirken, dass Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit besser wahrgenommen werden. Organisationen der Vereinten Nationen wie die UNDP (Entwicklungsprogramm), UNEP (Umweltprogramm) oder FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation) haben das Thema Klima ganz oben auf die Agenda ihrer strategischen Genderplanungen gesetzt. Und sehen sich auch innerhalb ihrer Organisationen den gleichen Widerständen ausgesetzt wie wir, die wir uns seit vielen Jahren bemühen, die Klimapolitik gendersensibler zu gestalten: Zur Rettung des Klimas müsse man sich jetzt auf die wesentlichen Dinge konzentrieren („Nebenwiderspruch“), mit Menschenrechten und speziell Frauenrechten könne man sich befassen, wenn dieses Menschheitsproblem gelöst sei. Oder, ähnlich: Man wolle das Thema

nicht überfrachten, um die Aufmerksamkeit nicht zu zerstreuen. Oder aber man(n) findet Genderperspektiven schlicht unsinnig: der Klimawandel trifft Männer und Frauen gleich. Schluss, aus, fertig. Freundliche Nachfragen, ob vielleicht die Ursachen des Problems auch etwas mit genau dieser Haltung zu tun haben, werden dann schon nicht mehr gehört oder wollen nicht verstanden werden.

Aber auch hier ändern sich die Zeiten. Die diesjährige Klimakonferenz, die in genau zwei Wochen in Bali beginnt, erlebt einen massiven Aufschwung der Beteiligung von Frauenorganisationen. Diese hören nicht einfach nur zu, sondern wollen mitreden: genant und das internationale Netzwerk *gendercc – women for climate justice* hat Positionspapiere entwickelt, die sich ganz eng an den Verhandlungsthemen orientieren: 1) das zukünftige Klimaregime, 2) die Finanzierung von Anpassung an und Verhinderung des Klimawandels, 3) die Verhinderung der Entwaldung.

Vor allem Frauen sind „*agents of change*“ (Trägerinnen des Wandels), also diejenigen, die sich für eine Veränderung unseres ressourcenintensiven Lebensstils einsetzen. Sie verfügen über viele Erfahrungen und Kompetenzen. Dieses Potenzial darf nicht ungenutzt bleiben. Das Klima wird es uns danken.

Genderaspekte des Klimawandels – Verursachung, Auswirkungen, Gestaltungsmacht

Ulrike Röhr

Um die normativen Grundlagen des Themas „Genderaspekte und Klimawandel“ zu umreißen, ist es wichtig, sich zunächst in Erinnerung zu rufen, dass die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro Grundlage aller wichtigen UN-Umweltkonventionen ist. Dazu zählen die Klimarahmenkonvention, die Agenda 21 ebenso wie die Konventionen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und zum Schutz der Biodiversität. Sie alle gründen auf den Prinzipien der Rio-Deklaration – zum Beispiel in Bezug auf Gerechtigkeit und Frieden. Zudem haben sich die UN ganz grundsätzlich der Umsetzung des Gender-Mainstreaming und der Verwirklichung von Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern verpflichtet.

Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit außer acht gelassen

Analysiert man die Klimadebatte auch nur oberflächlich, zeigt sich, dass hier trotz des Bezugs auf die Rio-Deklaration der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit bisher völlig außer acht gelassen wurde. Die Klimaverhandlungen werden von technologischen und ökonomischen Aspekten bestimmt, die äußerst abstrakt anmuten. Das macht es schwer, Geschlechtergerechtigkeit in die Verhandlungen einzubringen. Gerechtigkeitsvorstellungen beziehen sich in diesem Zusammenhang auf die Dimension von globaler Gerechtigkeit zwischen den Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch der Gedanke der Generationengerechtigkeit spielt eine Rolle: Wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben, um nachfolgen-

den Generationen ein Leben auf diesem Planeten zu ermöglichen.

Es gibt verschiedene Gründe für die Nichtbeachtung der Geschlechteraspekte. Ein ganz wesentlicher Grund ist, dass angeblich zuwenig Daten für die Stichhaltigkeit einer solchen Argumentation vorliegen. Angeblich mangelt es an Forschungsergebnissen und Fallbeispielen, die die Verbindung zwischen Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz verdeutlichen und veranschaulichen. Im Frühjahr 2007 hat genauet allerdings im Auftrag der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) einen Forschungsreview zu Gender und Klimaschutz fertiggestellt, der deutlich zeigt, dass es für viele Umweltaspekte, die mit dem Klimaschutz verbunden sind, bereits Ergebnisse und Forderungen aus Gender-Perspektive gibt. Für die Themenbereiche Energie, Wasser, Naturkatastrophen und Landwirtschaft etwa liegt eine fundierte Datenbasis vor, diese ist aber noch nicht mit klimapolitischen Fragen verknüpft – was dazu führt, dass solche wichtigen Erkenntnisse in den Klimadebatten bisher kaum wahrgenommen werden.

Im Folgenden sollen einige Aspekte, die auf die Bedeutung von Gender für das Verständnis der Ursachen des Klimawandels hinweisen und die bei der Verhinderung einer Klimakatastrophe und gegebenenfalls nötigen Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt werden müssen.

1. Frauen und Männer in ihren jeweiligen sozialen Rollen sind von den Auswirkungen des Klimawandels unterschiedlich betroffen. Die Gründe dafür liegen in

- der ungleichen Aufteilung der Verantwortlichkeiten für Versorgungs- und Erwerbsarbeit,
- dem ungleichen Zugang zu finanziellen Ressourcen,
- der oft höheren Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen wegen des mangelnden Zugangs von Frauen zu Versorgungssystemen und Infrastrukturen,
- den oft geringeren Kenntnissen und Fähigkeiten von Frauen, mit den Auswirkungen des Klimawandels umzugehen, da ihnen der Zugang zu Bildung und Informationssystemen zu oft fehlt.

In den meisten Gesellschaften sind Frauen verantwortlich für den Haushalt und die Versorgung von Kindern und Älteren. Sie haben die Ernährung sicherzustellen, beschaffen sauberes Wasser und Haushaltsenergie und übernehmen die häusliche Pflege von Kranken. Darüber hinaus erwirtschaften sie Einkommen. Der Klimawandel kann zusätzliche Lasten für die ohnehin schon mehrfach belasteten Frauen bringen: Die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und Verringerung der landwirtschaftlichen Produktivität etwa erhöht den Zeitaufwand für das Sammeln von Pflanzen, den Anbau von Feldfrüchten für den Eigenverbrauch oder für den lokalen Markt. In vielen Regionen der Welt leisten Frauen den Hauptteil der landwirtschaftlichen Arbeit – ihr Zugang zu und die Kontrolle über Land ist aber begrenzt. Oft steht ihnen nur das weniger fruchtbare Land zur Verfügung. Die Minderung der Bodenproduktivität durch den Klimawandel zwingt Frauen dazu, mehr Zeit für die Subsistenzproduktion aufzuwenden. So entsteht ein Teufelskreis, in dem immer weniger Zeit zur Verfügung steht, um zum Beispiel an lokalen Entscheidungsprozessen teilzuhaben, um sich zu informieren und zu bilden oder um Einkommen zu erwirtschaften. Das heißt, Klimawandel kann die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verstärken.

2. Berücksichtigen die Instrumente und Maßnahmen zum Klimaschutz die Geschlechterdifferenzen nicht hinreichend – was die Regel ist – können sie aufgrund der unterschiedli-

chen Verantwortlichkeiten der Geschlechter und ihrer finanziellen Möglichkeiten ungeplante, für Frauen negative Wirkungen haben.

Deutlich zeigen sich unterschiedliche Auswirkungen ökonomischer Instrumente. Diejenigen, die über geringere Einkommen verfügen, reagieren sensibler etwa auf Preisveränderungen oder steuerliche Anreize. Das liegt daran, dass sie sich ihnen schlechter entziehen können, da der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen höher ist als bei wohlhabenderen Menschen. Auf der anderen Seite aber zeigt sich, dass sie aufgrund ihres geringeren Einkommens genau das machen, was zum Beispiel die Ökosteuer bezweckt: Sie sparen die Mehrkosten durch Reduzierung des Verbrauchs ein.

3. Frauen und Männer unterscheiden sich bezüglich ihrer Wahrnehmung des Klimawandels und in ihrem Umgang damit.

In industrialisierten Ländern zeigen Untersuchungen immer wieder, dass Frauen ein ausgeprägteres Risikobewusstsein haben als Männer und auch den Klimawandel als bedrohlicher wahrnehmen. Das spiegelt sich unter anderem darin wieder, dass sie sich von der Politik eine konsequentere Umsetzung des Klimaschutzes wünschen. Auch bei der Bewertung von Klimaschutzmaßnahmen spielen Geschlechterdifferenzen eine Rolle: Während Männer eher technischen Problemlösungen vertrauen, setzen sich Frauen stärker für die Reduzierung des Energiekonsums und entsprechende Änderungen des Lebensstils ein.

4. Die durchschnittlichen CO₂ Emissionen von Frauen und Männern unterscheiden sich.

In Schweden beispielsweise verbrauchen Männer mittleren Lebensalters bis zu doppelt so viel Energie wie Frauen. Dieser Unterschied resultiert vor allem aus der geschlechterspezifischen Nutzung von Autos, aber auch aus der unterschiedlichen Nutzung elektronischer Anwendungen beispielsweise im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Grundsätzlich lässt sich sa-

gen, dass Kaufentscheidungen stark mit den Geschlechterrollen zusammenhängen. Deutliche Geschlechterunterschiede zeigen sich auch im Bereich der Ernährung. Einem deutlich höheren Fleischkonsum von Männern steht der höhere Konsum von Milchprodukten durch Frauen gegenüber: Die landwirtschaftliche Veredelung trägt laut einer Studie der FAO inzwischen ebensoviel zum Klimawandel bei wie der gesamte Verkehrssektor.

5. Klimawandel zieht zusätzliche Belastungen für die Gesundheit nach sich – mit dreifacher Wirkung auf Frauen:
 - Erstens sind sie betroffen wegen ihrer speziellen physischen Verwundbarkeit (biologischer Faktor),
 - zweitens aufgrund möglicher Zunahme des Pflegeaufwandes in den Familien
 - und drittens wegen der zusätzlichen Arbeit die benötigt wird, weil sich die Gesundheitslage umweltbedingt insgesamt verschlechtert.

Während der Hitzewelle in Westeuropa im Sommer 2003 zeigte sich, dass Frauen empfindlicher auf Hitze reagieren als Männer. Ihre Sterberate lag in allen Altersgruppen höher als bei Männern.

Krankheiten, die durch Wasser oder Tiere übertragen werden, werden in einer wärmeren Welt zunehmen. Schwangere Frauen beispielsweise sind besonders anfällig für Malaria. Obendrein reduziert Schwangerschaft die Abwehrkräfte, was sie anfälliger für Infektionen macht und auch ihr Risiko für Folgekrankheiten erhöht. Anämie aufgrund von Malariainfektionen ist heute bereits für ein Viertel der Müttersterblichkeit in Malariagebieten verantwortlich.

Die durch den Klimawandel verringerte landwirtschaftliche Produktivität wird – so die Prognosen – Unterernährung und Hunger weltweit um zehn Prozent ansteigen lassen. Das wird ebenso gesundheitliche Auswirkungen haben, wie die bereits erwähnte Zunahme des Arbeitsaufwandes und der körperlichen Belastungen.

6. Durch den Klimawandel – so die Prognosen – steigt die Zahl von Katastrophen und Konflikten. Neben wetter- und klimabedingten Katastrophen wie Hurrikans, Überschwemmungen oder Dürren wird erwartet, dass die Konflikte und Kriege um Ressourcen wie Erde und Wasser zunehmen, mit den allseits bekannten Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und vor allem auf Frauen.

Es gibt eindeutige Geschlechterunterschiede im Bezug auf die Vorbeugemaßnahmen (zum Beispiel, dass Frühwarnsysteme Frauen nicht erreichen), bei der Reaktion auf Notsituationen (zum Beispiel unterschiedliche Strategien zur Verminderung der Risiken und verschiedene Bedürfnisse nach Katastrophen) und in der Wiederaufbauphase (zum Beispiel Geschlechterunterschiede bei der Migration). Häufig wird berichtet, dass die Arbeitsbelastungen von Frauen sich in den Folgewirkungen der Katastrophen vervielfachen, während die Einkommensmöglichkeiten sich gleichzeitig verschlechtern. Einige Beispiele sollen dies illustrieren:

- In der Folge des Zyklons und der Überflutung in Bangladesh im Jahr 1991 war die Todesrate von Frauen fast fünfmal höher als die der Männer. Die Warnungen waren an öffentlichen Orten von Männern zu Männern übertragen, aber kaum an die Familien weitergegeben worden. Vielen Frauen ist es nicht erlaubt, ihr Haus ohne männliche Begleitung zu verlassen. Teilweise kamen sie um während sie darauf warteten, dass ihre männlichen Verwandten nach Hause kommen, um sie zu evakuieren. Umgekehrt starben durch Hurrikan Mitch in Mittelamerika mehr Männer als Frauen. Es wird vermutet, dass dies eine Folge der Gender-Normen ist, die heroische Männlichkeit erwarten und damit Männer ermutigen, bei der Suche nach und Rettung von Überlebenden und den Aufräumarbeiten riskante Situationen einzugehen.

- Nach allen Katastrophen, Konflikten und Kriegen sind Frauen verstärkt sexueller Gewalt ausgesetzt. Das heißt, sie sind nicht nur Opfer der Katastrophen, sondern in der Folge auch noch die Opfer der männlichen Katastrophenopfer – in Industrie- wie Entwicklungsländern.
 - Männer und Frauen haben nach Katastrophen unterschiedliche Bedürfnisse und setzen verschiedene Prioritäten. Auch beim Wiederaufbau tendieren Frauen dazu, andere Prioritäten zu setzen. Männer fokussieren fast ausschließlich auf produktive Aktivitäten – einschließlich Landwirtschaft und bezahltem Einkommen. Frauen bevorzugen neben ökonomischen Möglichkeiten physische und psychologische Gesundheit sowie Maßnahmen zum Wohlergehen ihrer Kinder.
7. Die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen in der Klimapolitik – im Klimaschutz wie bei der Anpassung – und deren Umsetzung in Instrumenten und Maßnahmen ist sehr gering.

Die ungleiche Beteiligung von Frauen führt dazu, dass generell in Planungsprozessen stärker die männlichen Perspektiven berücksichtigt werden. Weil aber die männliche Perspektive dominiert, lassen Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel oft den praktischen und strategischen Bedarf eines großen Teils der Bevölkerung vermissen.

Klimawandel und die Folgen für Frauen in Indien

Santosh Vas

Zunächst einige grundlegende Fakten zur Lage der Bevölkerung in Indien: Die indische Volkswirtschaft ist nach wie vor zu weiten Teilen von den vorhandenen natürlichen Ressourcen abhängig. 93 Prozent der Arbeitenden finden ihr Auskommen im informellen Sektor und 300 Millionen Menschen zwischen 18 und 50 Jahren sind gänzlich ohne Beschäftigung. Eine fast ebenso große Gruppe – 290 Millionen Menschen – leben unterhalb der Grenze absoluter Armut von nur einem US-Dollar am Tag. 80 Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule vor Abschluss des zehnten Schuljahres; insgesamt leben immer noch 600 Millionen Analphabeten in Indien. Frauen produzieren 70 bis 80 Prozent der im Haushalt benötigten Lebensmittel, sie sind zudem für die Beschaffung des Wassers zuständig.

Der Klimawandel –
Verursacher und Leidtragende

Im weltweiten Durchschnitt liegen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen an CO₂ im Jahr 2003 bei etwa 4.000 Kilogramm, in den USA sogar bei 20.000 Kilogramm. Obwohl ein Inder oder eine Inderin jährlich nur etwa 1.000 Kilogramm CO₂ erzeugen, wird der Klimawandel sie – und hier wieder besonders die Frauen – härter treffen als viele andere Menschen auf der Erde:

- Der Anstieg der Durchschnittstemperatur wird in den nächsten 100 Jahren mindestens zwei Grad Celsius betragen. Für Indien bedeutet dies einen Anstieg der Wintertemperatur

um 3,2 Grad bis 2050 und 4,5 Grad bis 2080. Die volle Bedeutung solcher Zahlen wird deutlich, wenn man bedenkt, dass allein im indischen Bundesstaat Orissa 650 Menschen während der Hitzewelle im Jahre 1998 starben.

- Insgesamt muss mit erheblichen Zunahmen von Naturkatastrophen – insbesondere mit Zyklonen im Osten – gerechnet werden.
- Die Gletscher im Himalaja werden zu großen Teilen abschmelzen – mit entsprechenden Folgen für die Pegelstände der Flüsse und die Bewässerungslandwirtschaft. Wenn die Monsunregen noch heftiger werden, drohen Überschwemmungskatastrophen.
- Ähnliche Probleme verursacht heute bereits die weitreichende Abholzung in den Bergregionen – vor allem im gebirgigen Norden unseres Subkontinents.
- Schon heute sind 70 Prozent des Regenfeldbaus von den Änderungen des Klimas spürbar betroffen.
- Die klimatischen Veränderungen werden sich auf die Fruchtfolgen, auf verschiedene Kenngrößen des Ertrages – wie etwa das durchschnittliche Korngewicht und die Anzahl der Körner pro Ähre – auswirken und damit auf die Flächenerträge insgesamt.

Bezieht man die klimatischen Bedrohungen auf die eingangs erwähnten massiven sozialen Probleme, werden erhebliche Risiken für die Ernährungssicherung riesiger Teile der indischen Bevölkerung sichtbar.



Besonders hart trifft es die Frauen

Da Frauen – wie erwähnt – etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Subsistenzproduktion leisten, trifft sie die Zerstörung der natürlichen Umwelt am härtesten:

- Es sind Verminderungen in der Menge und der Qualität des anbaufähigen Bodens, des verfügbaren Wassers und der nutzbaren Biomasse zu erwarten, die zu einem Rückgang von Landbau und Viehwirtschaft führen dürften.
- Zudem kann sich der Zugang der Frauen zu den natürlichen Ressourcen verschlechtern, weil sich die Konkurrenz um die verbleibenden Wirtschaftsgrundlagen verschärfen wird.
- Die Verschärfung der Arbeits- und Konkurrenzbedingungen betrifft nicht nur die Subsistenzlandwirtschaft, sondern auch die Herstellung anderer Erzeugnisse – etwa aus Wäldern stammender Nicht-Holz-Produkte. Dazu gehören zum Beispiel Rattan, Früchte oder etwa Pilze. Deren Beschaffung dürfte er-

heblich schwieriger werden, was die Einkommen der Familien zusätzlich mindert.

- Mit der Verschlechterung der Bedingungen in ländlichen Regionen wird die Migration der Männer in die Städte zunehmen, weil sie dort auf alternative Einkommensquellen hoffen. Das wird die familiären Verpflichtungen von Frauen erweitern, was neben den größeren Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft und beim Beschaffen von Wasser, Futter und Brennholz zu zusätzlichen Belastungen führen wird.
- Schließlich muss mit einer Verschlechterung der Versorgung mit sozialen Grunddiensten (Bildung, Basisgesundheitsdienste, sanitäre Versorgung) gerechnet werden, unter der Frauen und Mädchen sicherlich am stärksten leiden werden.

Konferenz zu Gender und Klima

Bereits im Jahr 2002 haben wir mit unseren Partnern in Delhi eine Konferenz zum Thema Gender und Klimawandel durchgeführt. Dort wurden im Zusammenhang mit den gerade erwähnten Problemen vor allem praktische Fragen diskutiert. So war festzustellen, dass die dörflichen Brunnen früher meist etwa 50 Meter tief waren. Schon das bedeutete viel Arbeit für die Frauen. Doch heute sind es oft 120 und manchmal sogar 200 Meter. Mit den sinkenden Grundwasserständen ergibt sich für die Frauen in den Fischerdörfern ein zusätzliches Problem: Der Anteil des Meerwassers im küstennahen Grundwasser steigt und verdirbt das Trinkwasser. Das bedeutet, dass die Frauen der Fischer weite Wege landeinwärts bewältigen müssen, um einwandfreies Trinkwasser zu beschaffen. Schließlich werden vor allem Frauen und Kinder im ländlichen Raum Opfer von – auch klimabedingten – Katastrophen, weil die Männer vielfach in die Städte gezogen sind, um dort zu arbeiten.

Als Ansatzpunkte, Frauen im Bezug auf die Belastungen durch den Klimawandel aber auch darüber hinaus zu stärken, haben wir in Delhi benannt:

- Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung ist eine „integrierte Herangehensweise an das lokale Ressourcenmanagement“. Dessen Überwachung muss durch die Menschen vor Ort erfolgen.
- Auch die makroökonomische Politik muss gender-sensitiv ausgerichtet sein. Nur Mikrokredite für Frauen reichen nicht.
- Schließlich muss sich die Stärkung von Frauen auch in einer gerechteren Verteilung von Macht, gesellschaftlicher Teilhabe und Repräsentation auf politischer Ebene und in den Verwaltungen widerspiegeln.

Fünfjahresplan ohne Bezug zu Gender und Klimawandel

Der aktuelle indische Fünfjahresplan, der den Zeitraum 2007 bis 2012 abdeckt, sieht auch in Bezug auf Frauen und Kinder eine Reihe von Verbesserungen vor. So sollen ab 2007 alle Kinder das fünfte Schuljahr abschließen, die Kindersterblichkeit von derzeit 4,5 auf 2,8 Prozent im Jahr 2012 sinken und die Müttersterblichkeit von zwei auf einen Todesfall bei 1000 Lebendgeburten. Über diese – an die Millenniumsentwicklungsziele angelehnten – Vorgaben hinaus geht es der indischen Regierung um eine Steigerung des Mädchen- und Frauenanteils an der Isekundigen Bevölkerung und eine bessere Repräsentation von Frauen in Politik und Verwaltung. Auch zielt der Fünfjahresplan darauf ab, die Zahl der Abtreibungen zu mindern, die vorgenommen werden, weil der Fötus weiblich ist. Bezüge auf die Auswirkungen der Verminderung und Verschlechterung der natürlichen Ressourcen und des Klimawandels auf die Lebenswirklichkeit von Frauen und Kindern fehlen jedoch gänzlich.

Umfassender Gender-Kontext

Erfolgreiche gender-sensitive Politik, die durch den Klimawandel bedingte Härten für Frauen zumindest mildern kann, muss sehr breit gefasst werden. Sie umfasst zunächst die unmittelbaren

Lebensbedingungen von Frauen wie die Ausstattung und materiellen Voraussetzungen ihrer Wohnungen – einschließlich sanitärer Einrichtungen und der Frage der häuslichen Gewalt. Im lokalen Umfeld ist vor allem die Versorgung mit sozialen Grunddiensten von überragender Bedeutung. Eine entsprechende Arbeitsmarktpolitik sollte Jobmöglichkeiten für Frauen fördern, die Unterschiede zwischen den Lohnniveaus von Männern und Frauen verringern helfen sowie die Beförderungsmöglichkeiten für Frauen im Auge behalten. Für Frauen im informellen Sektor spielen dagegen die Zugangsmöglichkeiten zu Krediten eine besondere Rolle. Für beide Sektoren sind gesunde und förderliche Arbeitsbedingungen wichtig. Hilfreich sind darüber hinaus Regelungen, die Frauen – auch materielle – Unterstützung garantieren, wenn sie in Not geraten. Und natürlich stellt die Gesetzgebung insgesamt einen wesentlichen Faktor dar: Es müssen Gesetze zur Förderung und zum Schutz von Frauen vorhanden sein. Die wirtschaftlichen Rechte von Frauen müssen gewahrt sein, Gleichstellungsregelungen existieren und die spezifischen Rechte von Mädchen garantiert werden. Um ihre Rechte wahren zu können, brauchen Frauen Institutionen, denen gegenüber sie ihre Probleme artikulieren können. Wenn sie ihre Rechte vor Gericht verteidigen müssen, sind zügige Verfahren von Bedeutung. Schließlich sollte das gesellschaftliche Umfeld so beschaffen sein, dass Frauen selbstbestimmt leben und arbeiten können ohne ausgebeutet zu werden.

Hindernisse ...

Komplementär zu den aufgezählten Faktoren, die den Gender-Kontext bestimmen, lassen sich die wichtigsten gesellschaftlichen Hindernisse für eine Gleichberechtigung von Frauen – und ihre Unterstützung im Kampf mit den Auswirkungen des Klimawandels – wie folgt eingrenzen:

Vor allem die grassierende Korruption verhindert eine wirksamere Beteiligung von Frauen am politischen und wirtschaftlichen Leben, weil sie immer die Mächtigeren, also die Männer, begünstigt.

Kulturelle und religiöse Überzeugungen, aber auch Traditionen und Aberglauben bei beiden Geschlechtern beschneiden die gesellschaftlichen Möglichkeiten von Frauen. Besondere Bedeutung hat hier die in Indien immer noch weit verbreitete Praxis, weibliche Föten abzutreiben und Mädchen systematisch zu benachteiligen, da sie weniger erwünscht sind als männliche Nachkommen. Schließlich steht den Frauen ihre ökonomische Abhängigkeit von männlichen Familienmitgliedern im Weg. Verbunden mit mangelnder Bildung und Unwissenheit resultieren vor allem die letztgenannten Faktoren in mangelndem Selbstbewusstsein und fehlender sozialer und kultureller Identität von Frauen.

... und Hoffnungsschimmer

Das Bild der Situation von Frauen in Indien wäre jedoch nicht vollständig, wenn nicht mindestens die folgenden Ansätze genannt werden, die geeignet sind, nachhaltige Veränderungen anstoßen zu helfen:

- Nichtregierungsorganisationen und soziale Dienstleister gehen seit neuestem Entwicklungspartnerschaften ein, die von den zentral- und bundesstaatlichen Regierungsbehörden unterstützt werden.
- Es werden spezifische autonome Körperschaften gegründet, die dem Schutz, der Durchsetzung von Rechten von Frauen und Kindern dienen. Das sind insbesondere Frauenkomitees, Kinderrechtsforen, Komitees für das Wohlergehen von Kindern, Räte für die Rechte Jugendlicher sowie Komitees, die sexuelle Übergriffe ahnden.
- In Indien findet derzeit eine lebhafte Debatte über das Verbot der Nacharbeit von Frauen statt. Die Frauen wenden sich ausdrücklich gegen dieses Verbot und verlangen die Gewährleistung ausreichender nächtlicher Sicherheit, genügend Transportmöglichkeiten sowie gute Arbeitsbedingungen. Bisher hat die Regierung auf die Forderungen reagiert, indem sie die Firmen, die Frauen nachts beschäftigen, verpflichtet hat, die Kosten für Sicherheit und Transport der Arbeiterinnen zu übernehmen.
- Für die ländlichen Regionen besteht vor allem Hoffnung, weil die biologische landwirtschaftliche Produktion auch hierzulande um sich greift. Es entsteht ein entsprechendes Stiftungswesen und alternative Vermarktungsstrukturen. Auch internationale Bio-Zertifizierungssysteme gewinnen mehr und mehr Mitglieder in Indien. Diese Neuerungen sind für die Frauen auf dem Lande besonders wichtig, um dem zusätzlichen Druck, der durch den Klimawandel entsteht, zu begegnen.

Positionen der Bundesregierung auf dem Klimagipfel. Welche Rolle spielen Genderaspekte?

Astrid Klug

Bei vergangenen Klimakonferenzen haben sich die Debatten immer sehr auf der Metaebene bewegt. Das wird auch jetzt in Bali so sein. Bisher ging es vor allem um die Frage, ob es einen Klimawandel gibt und ob dieser menschengemacht sein könnte. Das wird sich in Bali ändern.

2007 im Zeichen des Klimaschutzes

Das Jahr 2007 stand bisher ganz im Zeichen des Klimaschutzes: von den historischen Beschlüssen der EU-Staats- und Regierungschefs im März bis hin zum Friedensnobelpreis für den Weltklimarat der UN und Al Gore. Die Aussagen der Wissenschaftler sind eindeutig, die Berichte liegen vor, die Reden sind gehalten; jetzt ist die Zeit zum Handeln gekommen, jetzt müssen wir konkret werden. Eine bessere Gelegenheit für eine internationale Einigung wird es nicht geben. Und bei den konkreten Verhandlungen um den Klimaschutz wird es dann auch um die Frage gehen, welche Rolle Frauen beim Klimawandel spielen – als Opfer wie als Täterinnen. Und wo brauchen wir insbesondere die Frauen, um die anstehenden Probleme zu lösen? Klar ist, dass es keine Lösung geben kann, die die Frauen außer Acht lässt. Das Jahr 2007 wird als ein Wendejahr in die Geschichte des Klimaschutzes eingehen.

Europa hat sich vorgenommen, beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einzunehmen. In diesem Zusammenhang war die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 von großer Bedeutung. Wenn nicht wenigstens eine Region sich zu ihrer Verantwortung bekennt und zugibt, dass sie das Problem verursacht hat, sind für Bali kaum Fortschritte denkbar. Denn die Menschen, die – wie die afrikanischen Bürgerinnen und Bürger – am meisten unter diesem Problem zu leiden haben werden, haben bisher fast gar nicht zum Klimawandel beigetragen. Und wir in den Industrieländern haben nicht nur die Verantwortung, dieses Problem zu lösen, sondern auch die finanziellen und technologischen Möglichkeiten dazu.

Europäische Vorreiterrolle

Deshalb hat Europa auch als erstes ein sehr ambitioniertes Klimaziel beschlossen. Insgesamt wollen wir bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 erreichen – wenn es gelingt, andere Staaten mit in das Klimaschutzabkommen einzubinden und ihrerseits zur Minderung ihrer Emissionen zu verpflichten. Sollte dies nicht gelingen und Europa beim Klimaschutz alleine gelassen werden, wollen wir unseren Treibhausgasausstoß dennoch um 20 Prozent verringern. Die beiden wichtigen Standbeine der Europäischen Klimaschutzpolitik sind



Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien, die wir bis 2020 auf einen Anteil von 20 Prozent am Gesamtenergiebedarf ausbauen wollen. Dafür werden die Details gerade ausgearbeitet. Europa und auch die Deutschen werden in der Welt überall als Vorreiter in dieser Frage betrachtet. Die Welt schaut genau hin, ob es uns gelingt, zu zeigen, dass Klimaschutz sich mit wirtschaftlicher Entwicklung vereinbaren lässt. Zu zeigen wäre, dass ein ambitionierter Klimaschutz die Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Das würde den Schwellen- und Entwicklungsländern Mut machen, einen Weg einzuschlagen, der ihre Treibhausgasemissionen ebenfalls vom wirtschaftlichen Wachstum entkoppelt. Denn natürlich haben die Menschen in diesen Ländern auch ein Anrecht auf Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum.

Europa wird mit einer starken Stimme in Bali auftreten. Daher haben wir auch für die G8-Verhandlungen darauf gedrängt, die fünf größten Schwellenländer mit einzubeziehen. Denn wir brauchen auch die Schwellen- und Entwicklungsländer für die Lösung des Klimaproblems. Dafür muss man gleichberechtigt mit ihnen reden. In Bali streben wir den Beginn umfassender Verhandlungen für ein Post-Kyoto-Klimaschutzregime nach 2012 an. Es wird darum gehen, sich auf eine gemeinsame Vision zu verständigen, was bedeutet, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Denn die Wissenschaftler versichern uns, dass alles was

über diese zwei Grad hinausgeht, mit großen ökologischen, vor allem aber ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen wird.

Die Erderwärmung auf zwei Grad begrenzen

In diesem Zusammenhang sei erneut an den Bericht von Nicholas Stern erinnert, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank. Stern hat mit seinem Team ausgerechnet, dass ein ungebremster Klimawandel bis zum Jahr 2050 ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung kosten wird – das entspricht den zusammengenommenen Auswirkungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs im letzten Jahrhundert. Im Gegenzug – so die Berechnungen von Stern – brauchen wir nur ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren, um das Zwei-Grad-Ziel noch einzuhalten. Dafür müssen die Treibhausgasemissionen bis 2050 halbiert werden. Bisherige Projektionen sehen gleichzeitig jedoch eine Verdoppelung des Energiebedarfes bis zu diesem Zeitpunkt voraus. Um dieses ehrgeizige Ziel zu schaffen, brauchen wir neue Technologien, den konsequenten Einsatz vorhandener Möglichkeiten und eine Änderung unseres Konsumverhaltens. Und dafür brauchen wir die Unterstützung aller, von Männern wie Frauen.

„Bali Roadmap“

Bei der entscheidenden Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007 wollen wir die Zwei-Grad-Vision untermauern und die Vorbedingungen dafür vereinbaren – den Rahmen für einen umfassenden Verhandlungsprozess, die „Bali Roadmap“. Mit dieser „Roadmap“ sollen die wesentlichen Verhandlungsinhalte beschrieben und ein Verhandlungszeitplan festgelegt werden. Bis 2009 sollen die Verhandlungen für ein neues und umfassendes, auf dem Kyoto Protokoll aufbauendes Klimaschutzregime abgeschlossen sein, damit nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls 2012 keine Lücke entsteht.

Erfolg versprechend ist es, diese auf der Grundlage des bereits in Montreal begonnenen zweigleisigen Ansatzes zu beginnen: Zum einen werden die Verhandlungen unter dem Kyoto Protokoll zu dessen Weiterentwicklung fortgeführt und zum anderen soll der Dialog unter der Klimarahmenkonvention in förmliche Verhandlungen aller Staaten über künftige Beiträge zu einem umfassenden Klimaschutzregime überführt werden. In Bali soll in einer „Dachentscheidung“ die Verbindung zwischen den beiden Verhandlungssträngen hergestellt werden.

Sonderweg der USA und die Rolle des Südens

Um dieses ehrgeizige Programm umzusetzen, brauchen wir vor allem die USA. Sie werden in Bali eine Schlüsselrolle spielen müssen. Die USA haben sich in den letzten Jahren bewegt. Noch vor vier, fünf Jahren standen sie als Saboteur abseits. In den letzten Jahren hat sich ihre Rolle zu der eines Zuschauers gewandelt. Im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft in diesem Jahr ist es gelungen, dass die USA offiziell zumindest anerkennen, dass der Klimawandel ein Problem ist und die Vereinten Nationen das angemessene Gremium sind, um dieses Thema zu verhandeln.

Dies ist ein kleiner Schritt – aber es ist ein entscheidender Schritt. Nun wird es darauf ankommen, die Amerikaner auf diese Position festzulegen. Denn nur dann wird es gelingen, auch die Chinesen und weitere wichtige Schwellenländer mit einzubeziehen. Schwellen- und Entwicklungsländer müssen in Bali anerkennen, dass auch sie in Zukunft einen Beitrag leisten müssen. Auch sie müssen bereit sein, ihr Wirtschaftswachstum von den Treibhausgasemissionen zu entkoppeln und in der Zukunft auch für sich Obergrenzen zu akzeptieren. Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel bis 2050 einhalten wollen, bedeutet das, dass bis dahin jeder Mensch Emissionen in Höhe von maximal zwei Tonnen Kohlendioxid pro Jahr produzieren darf. In Deutschland liegen wir im Moment bei zehn Tonnen, die Amerikaner bei über 20 Tonnen, die Chinesen bei drei bis vier Tonnen und die Afrikaner bei unter einer Tonne. Das bedeutet: Die Industrieländer müssen ihre Emissionen deutlich senken – wir in Deutschland also um 80 Prozent.

Konkrete Vorgaben der EU

Inhaltlich hat die EU ihre Vorstellungen zuletzt beim Umweltrat am 30. Oktober 2007 klar benannt. Folgende Elemente sind für eine anspruchsvolle globale Vereinbarung für die Zeit nach 2012 wichtig:

- Konkretisierung einer gemeinsamen Vision von globalem Klimaschutz,
- Vereinbarung von absoluten Verpflichtungen der Industrieländer, die weiter voran gehen müssen,
- angemessene Beiträge, insbesondere der Schwellenländer wie der Entwicklungsländer insgesamt,
- Ausbau des Kohlenstoffmarkts,
- stärkere Zusammenarbeit bei Erforschung, Entwicklung und Verbreitung von klimafreundlichen Technologien,
- größere Anstrengungen zur Bewältigung von Anpassung an den Klimawandel,
- Berücksichtigung der Emissionen aus dem internationalen Flug und Schiffsverkehr
- und die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung.

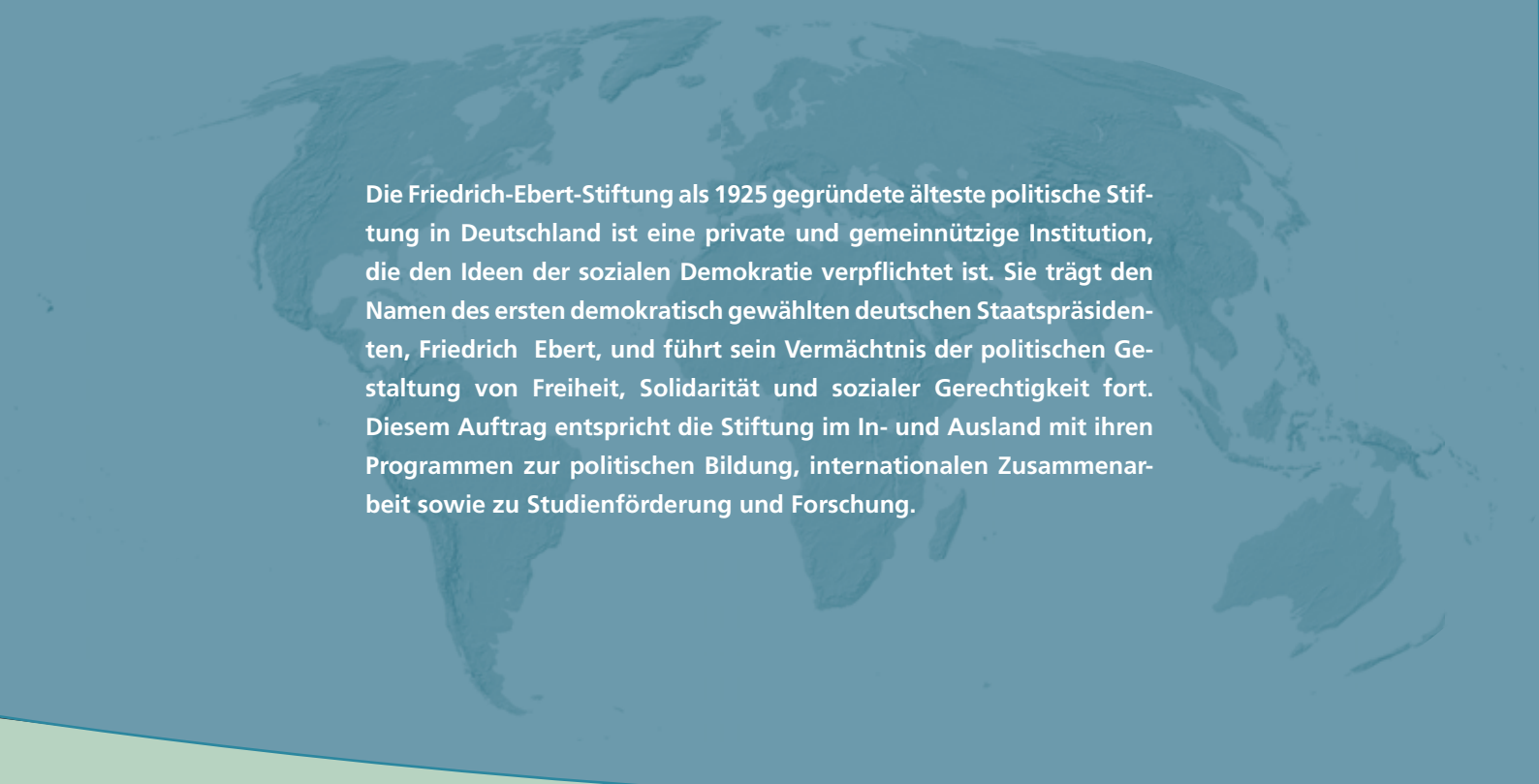
Entscheidende Punkte für den Erfolg in Bali

1. Die Bereitschaft der Entwicklungsländer, im Prozess über ihre Beiträge zu verhandeln wird ganz maßgeblich davon abhängen, dass sich die USA an den Verhandlungen beteiligen.
2. Ein zentraler Aspekt ist, dass es gelingen muss, die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, wie positiv sich das künftige Klimaregime auf ihre wirtschaftliche Entwicklung auswirken wird.
Der Emissionshandel ist wesentlicher Treiber für Innovationen. Er kann darüber hinaus einen – finanziellen – Ressourcentransfer von Nord nach Süd auslösen, der die erforderlichen Investitionen ermöglicht. Bis der Emissionshandel diese Rolle voll übernehmen kann, wird allerdings eine massive Aufstockung der existierenden Fonds und möglicherweise auch die Schaffung neuer Sondervermögen notwendig sein. Hier kommt auf uns als EU und auf die Bundesrepublik eine große Verantwortung zu.
3. Zudem muss deutlich werden, dass die Industrieländer ihre Verpflichtungen erfüllen und zugleich die Fundamente für die Zukunft legen. So erhöhen wir unsere Glaubwürdigkeit. Das gilt im Hinblick auf das EU-Klima- und Energiepaket, das die EU-Kommission im Januar vorlegen will, mit dem die weit reichenden Klimabeschlüsse der EU umgesetzt werden sollen. Das gilt aber auch für unsere nationale Klimapolitik, insbesondere die Umsetzung des Meseberg Pakets.

Weit reichende Klimabeschlüsse

Kernpunkte des Meseberg Pakets sind die Förderung der CO₂-Speicherung für konventionelle Kraftwerke sowie der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung und für das Heizen. Zudem soll der Anteil der Kraft-Wärme-Koppelung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent verdoppelt werden. Die bessere Wärmeisolierung von Gebäuden soll von der Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz begleitet werden. Die Industrie soll ihr Energiemanagement weiter verbessern und der Einsatz von Biokraftstoffen im Verkehr ausgebaut werden. Bis 2020 soll mit Hilfe von 29 Einzelmaßnahmen der CO₂-Ausstoß der Bundesrepublik an Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden.

Weltweit hat noch kein anderes Land einen so umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt. So können wir zeigen, dass die Verbindung von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz funktioniert und gleichzeitig erhöhen wir unsere Glaubwürdigkeit bei den Post-Kyoto-Verhandlungen. Die künftige Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und von Unternehmen wird davon abhängen, dass wirtschaftlicher Erfolg trotz knapper werdender Ressourcen nachhaltig möglich bleibt.



Die Friedrich-Ebert-Stiftung als 1925 gegründete älteste politische Stiftung in Deutschland ist eine private und gemeinnützige Institution, die den Ideen der sozialen Demokratie verpflichtet ist. Sie trägt den Namen des ersten demokratisch gewählten deutschen Staatspräsidenten, Friedrich Ebert, und führt sein Vermächtnis der politischen Gestaltung von Freiheit, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit fort. Diesem Auftrag entspricht die Stiftung im In- und Ausland mit ihren Programmen zur politischen Bildung, internationalen Zusammenarbeit sowie zu Studienförderung und Forschung.

Die Autorinnen:

Ulrike Röhr

ist Leiterin von genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit

Santosh Vas

ist Chairlady der indischen Frauenorganisation Janodaya

Astrid Klug

ist Staatssekretärin im Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.